

Denkpause

WTO in der Krise S. 2 • Das EU-Boot ist voll? S. 3 • Nix mehr Nachhaltigkeit S.4 • Jahr 2000 S. 4
Interview mit dem Anwalt von Mumia Abu-Jamal S. 5 • Walser-Jugend e.V. S.6 • Termine S. 6

02.99
13.12.99
Nr. 2

WTO in der Krise

Millennium verschoben



Das ergebnislose Ende der Seattle-Konferenz ist ein Etappensieg für die Protestbewegungen und die USA. Jetzt ist aber Wachsamkeit geboten. Es besteht die Gefahr, daß in Genf hinter verschlossenen Türen weiterverhandelt wird und Entscheidungen ohne öffentlichen Druck durchgestimmt werden.

[>>> Seiten 2+3]

Europäische Asylpolitik

Tampere: Das EU-Boot ist voll?

Viele feierten die Ergebnisse des Europäischen Rates im finnischen Tampere als Erfolg. Die Nichtregierungsorganisationen (NRO) schreiben es ihrer eigenen Lobbyarbeit zu, daß die Genfer Flüchtlingskonvention Grundlage der europäischen Asylpolitik bleibt. In Wirklichkeit entwickelt sich Europa immer mehr zu einer Festung, die sich gegen alles nicht kapitalkräftige Fremde abschottet. [>>> Seite 4]

Interview mit Rechtsanwalt Weinglass

Free Mumia Abu-Jamal now

Mumia Abu-Jamal wurde angeklagt, 1981 einen Polizisten erschossen zu haben. 29 Gesetzesverstöße wurden im Laufe seines Verfahrens von Seiten des Gerichtes vollzogen. Der ehemalige Black-Panther-Aktivist sitzt seit 18 Jahren im Knast in Waynesburg, US-Bundesstaat Pennsylvania. Allein die Tatsache, daß der Journalist zwar eine Waffe trug, diese aber andere Geschosse enthielt als die, die in dem toten Polizistenkörper gefunden wurden, spricht für sich – von den anderen 28 Gesetzesverstößen im Laufe seines Verfahrens einmal abgesehen. Der ehemalige Black-Panther-Aktivist sitzt seit 18 Jahren im Knast. Mit seinem Anwalt, Leonard Weinglass, sprach Ilka Schröder in New York. [>>> Seite 5]

Lieber LeserIn,



zu meinen Forderungen zur Abschaffung der Rüstungsproduktion in der letzten Ausgabe der **Denkpause** äußerten sich viele von Ihnen.

»Besonders Ilkas Forderungen zum Verbot der Produktion von Rüstungsgütern sind ganz ganz wichtig!« heißt es in einer Stellungnahme von Manfred Gernhard aus dem GRÜNEN-Kreisverband Oder-Spree. Der Kreistagsabgeordnete in Soltau-Fallingb. Christopher Schmidt schreibt: »Die Forderungen, die Du in der Denkpause zum Pazifismus aufgestellt hast, entsprechen mir voll und ganz, schade nur, daß es nicht mehr die der Grünen sind.« Das ist natürlich wirklich schade, aber auch konsequent. Wer Krieg als (letztes?) Mittel der Politik befürwortet, muß auch dafür sorgen, daß die Armeen eine Ausrüstung haben, mit der sich gut Politik machen läßt. Konsequent ist es daher auch, wenn Angelika Beer, verteidigungspolitische (warum eigentlich nicht angriffspolitische?) Sprecherin der GRÜNEN-Bundestagsfraktion, fordert: »Bündnisverteidigung und Krisenmanagement erfordern die Restrukturierung der Bundeswehr hin zu einer Armee, die angemessene, her- [>>> Seite 2]

Fortsetzung von Seite 1

vorrangend ausgebildete und adäquat ausgestattete Kräfte von geringer Mobilitätsabhängigkeit in Europa, sowie seinen Rand- und Nachbargebieten zum Einsatz bringen kann.»

Aber neben der Reform der Bundeswehr, gibt es ja glücklicherweise noch andere »Reformprojekte«. Zum Beispiel den Atomausstieg. Ob 25 oder 30 + 3 Jahre Laufzeit ist eigentlich egal, jede zur Zeit diskutierte Option ist kein Ausstieg aus der Atomkraft, sondern eine Garantie für den Weiterbetrieb. Konsensgespräche und Versuche, die Atomenergie per Parlamentsbeschluß zu beenden, zeigen, daß nichts wichtiger ist, als auf der Straße Widerstand zu leisten. Wenn der Bundesumweltminister bei jeder Gelegenheit beteuert, keine Verstopfungsstrategie verfolgen zu wollen, dann sollten andere Akteure diese Aufgabe übernehmen. Wenn der nächste CASTOR-Transport bevorsteht, werden wieder viele auf der Straße stehen müssen. Wenn sich die Anti-Atom-Bewegung in ihren technischen Fähigkeiten weiter so steigert wie bisher, wird irgendwann der Punkt kommen, an dem ein CASTOR-Transport umkehren muß. Das wäre der Punkt, an dem auch mit militärischer Polizeigewalt kein Durchprügeln mehr möglich ist. Sparen Sie schon mal Ihre Urlaubstage für den nächsten CASTOR! (Und Ihr Weihnachtsgeld für die mögliche Geldstrafe...)

Nach dem gleichen Prinzip wurde auch gegen die WTO-Verhandlungen in Seattle protestiert. Die Millennium-Round ist erst einmal gescheitert. Das freut die USA wie auch die Protestierenden.

Auf einen Blick:

Ilka Schröder MdEP
www.ilka.org
schroeder@ilka.org

Warum es nicht sinnvoll ist, auf die Umarmungstaktik der VerhandlungsführerInnen reinzufallen, steht in dieser Denkpause oder unter www.ilka.org/seattledailyweb.html

Ein weiteres Ergebnis meiner USA-Reise ist das Interview mit Leonard Weinglass, dem Anwalt des zum Tode verurteilten Mumia Abu-Jamal.

In dieser Ausgabe lesen Sie – entgegen der Ankündigung – nichts zum Kosovo-Krieg. Das Thema wird aus Platzgründen auf die Januar-Ausgabe verschoben. Dafür gibt es passend zu Weihnachten – dem Fest der Nächstenliebe – ein abgründig humanitäres Thema: Die europäischen Asylpolitik. Statt das Asylrecht wiederherzustellen, diskutiert man in europäischen und deutschen Regierungskreisen darüber, es weiter einzuschränken. Privatinitiative und ziviler Ungehorsam scheinen auch hier angesagt.

Ilka Schröder

Postfach 080417
10004 Berlin
Deutschland
Fon +49.30.2096 1340
Fax +49.30.2096 1356
berlin@ilka.org

Tilman Heller
heller@ilka.org

Rue Wiertz ASP 8 G 253
1047 Bruxelles
Belgien
Fon +32.2.284.74 49
Fax +32.2.284.94 49
bruxelles@ilka.org

Britta Coy
b.coy@ilka.org

Andreas Gebhard
gebhard@ilka.org



WTO in der Krise

Millennium verschoben

Das ergebnislose Ende der Seattle-Konferenz ist ein Etappensieg für die Protestbewegungen und die USA. Jetzt ist aber Wachsamkeit geboten. Es besteht die Gefahr, daß in Genf hinter verschlossenen Türen weiterverhandelt wird und Entscheidungen ohne öffentlichen Druck durchgestimmt werden.

Transparenz und Verlässlichkeit gab es in Seattle nur von den GegendemonstrantInnen. Jeden Morgen um 7:00 Uhr Ortszeit waren die Straßen dicht und KongreßteilnehmerInnen in ihren Hotels eingesperrt, weil die Polizei weder Rein noch Raus gewährte.

Im Kongreßzentrum wurde Transparenz nur nach außen propagiert. Am zweiten Tag sagte man die offiziellen Verhandlungsrunden kurzerhand ab. Statt dessen fand alles Tautziehen in sogenannten Green Rooms statt, also in informellen Kreisen, zu denen außer den Industrieländern nur wenige andere Staaten Zutritt hatten.

Trotz des Scheiterns lohnt es sich, die inhaltlichen Debatten näher zu betrachten. Denn: Obwohl es kein Abschlusdokument gegeben hat, haben alle TeilnehmerInnen die Wichtigkeit eines weiteren Verhandlungsversuches im nächsten Jahr beteuert. Daß allerdings weder Ort noch Zeit festgelegt wurde, spricht eher gegen eine baldige Einigung.

Beim brisanten Thema Landwirtschaft waren die Unterschiede vor allem zwischen den USA und EU wie er-

wartet hoch und letztlich unüberbrückbar. Die Zeit läuft gegen die EU. 2004 endet die Friedensklausel für Agrarsubventionen, die sich nur einstimmig verlängern läßt. Von heute auf morgen werden dann alle Exportsubventionen illegal – alle Zuwiderhandlungen sind vor dem WTO-Schiedsgericht einklagbar.

Doch auch ohne neue Verhandlungsrunde wird dieses Thema wie auch die Dienstleistungen im GATS-Abkommen verhandelt – darauf hatte mensch sich zu Ende der letzten Runde in Marrakesh geeinigt.

Biotechnologien
Für die Frage der Biotechnologie hatten die USA bereits im Vorfeld den Vorschlag unterbreitet, eine Arbeitsgruppe Handel und Biotechnologie einzurichten. Dafür sprachen sich in Seattle nun auch die EU und einige weitere Staaten aus.

Damit drohen andere internationale Konventionen zu dem Thema in der Moltenkiste verschwinden. Insbesondere die Biodiversitätskonvention (BDC) und darin enthalten das Bio Sa-

Landwirtschaft: USA gegen EU

Biotechnologien

fety Protocoll, für das die Verhandlungen im Januar 2000 in Montreal abgeschlossen werden sollen, sind gefährdet. Die USA haben aufgrund des starken Gegenwindes der Industrie die BDC nicht unterschrieben, obwohl diese Konvention in Teilen sogar biotechnologiefreundlich ist.

Zum Thema E-commerce liegen unbestätigte Berichte vor, nach denen die demnächst auslaufende Zollbefreiung für den elektronischen Handel (speziell für Finanzdienstleistungen von großer Bedeutung) verlängert werden soll. Dieses Thema gewinnt rapide an Bedeutung und wird deshalb sehr wahrscheinlich beim nächsten Mal verhandelt.

So stehen auch Investitionen und Wettbewerb weiterhin nicht nur für die EU ganz oben auf der Wunsch-Tagesordnung. Für beides werden Arbeitsgruppen vorgeschlagen, noch liegt aber keine Einigung vor. Bei den USA, Venezuela und anderen Ländern steigt das Interesse an einem Forstabkommen.

Von Umweltstandards war keine Rede, die Sozialstandards wurden von den USA mit dem Verbot von Kinderarbeit verwechselt, was schließlich alles andere als sozial ist. Kinderarbeit bietet in vielen Ländern für viele Familien die einzige Möglichkeit zum

Überleben. Statt einem Verbot und einer damit einhergehenden Illegalisierung und damit weiteren Entrechtung von jungen ArbeitnehmerInnen, wäre finanzielle Unterstützung etwa für eine bessere Ausbildung genauso wie Rechte nicht nur für die arbeitenden Kinder notwendig. Sollte etwas gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse unternommen werden, müßte zu allererst jede Art von Zwangsarbeit verboten werden.



Europäische Asylpolitik

Tampere: Das EU-Boot ist voll?

Viele feierten die Ergebnisse des Europäischen Rates im finnischen Tampere als Erfolg. Die Nichtregierungsorganisationen (NRO) schreiben es ihrer eigenen Lobbyarbeit zu, daß die Genfer Flüchtlingskonvention Grundlage der europäischen Asylpolitik bleibt. In Wirklichkeit entwickelt sich Europa immer mehr zu einer Festung, die sich gegen alles nicht kapitalkräftige Fremde abschottet.



Viele feierten die Ergebnisse des Europäischen Rates im finnischen Tampere als Erfolg. Die Nichtregierungsorganisationen (NRO) schreiben es ihrer eigenen Lobbyarbeit zu, daß die Genfer Flüchtlingskonvention Grundlage der europäischen Asylpolitik bleibt.

In der Schlußerklärung des Ratstreffens heißt es nämlich, der Europäische Rat »ist übereingekommen, auf ein Gemeinsames Asylsystem hinzuwirken, das sich auf die uneingeschränkte und allumfassende Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention stützt, wodurch sichergestellt wird, daß niemand dorthin zurückgeschickt wird, wo er der Verfolgung ausgesetzt ist ...«. Laut Pro Asyl ist dies »vor dem Hintergrund der Debatte über das Strategiepapier aus der österreichischen Präsidentschaft im letzten Jahr eine erfreuliche und wichtige Klarstellung.«

Der Europäische Flüchtlingsrat (EC-

RE), der 68 in der Flüchtlingsarbeit tätige NRO aus 25 europäischen Ländern vertritt, begrüßt die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Tampere. Er sieht sich ermutigt durch das in den Schlußfolgerungen des Rates geäußerte Bekenntnis zum Recht auf Asyl und durch den dort gegebenen Impuls für die Entwicklung einer einheitlichen Asylpolitik.

Schaut man sich die weiteren Bestimmungen der Schlußerklärung und die Realität an, kann man die positive Einschätzung allerdings nicht teilen. Vielmehr entsteht der Verdacht, daß viele der auf dem »Gegen-Gipfel« vertretenen NRO selbst Geschäfte mit der Abwehr von Flüchtlingen machen. Die europäische Asylpolitik zielt nämlich darauf, innerhalb der EU die Regelungen zu vereinheitlichen und die Außengrenzen immer stärker abzuschotten. Rechtskräftige Entscheidungen anderer Staaten sollen in anderen EU-Ländern anerkannt werden, pauschal soll

Glückliche Kinder: Sie mußten nicht über die Grenze schwimmen und sind lebendig in Deutschland angekommen.



[Asylpolitik]

Ilka Schröder fordert:

- ⊙ Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie er/sie leben will. Der Regulierung von Migration und der systematischen Verweigerung von Rechten steht die Forderung nach Gleichheit in allen sozialen und politischen Belangen entgegen. Die Menschenrechte jeder Person sind zu respektieren, unabhängig von Herkunft und Papieren.
- ⊙ Deshalb rufe ich dazu auf, MigrantInnen bei der Ein- oder Weiterreise zu unterstützen. Verschafft MigrantInnen Arbeit und Papiere, um ihnen medizinische Versorgung, Schule und Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten.

jedes EU-Land als sicherer Drittstaat gelten. Man kann sich vorstellen, was das bedeutet, wenn die Türkei Mitglied der EU ist. Aber auch Deutschland wurde schon mehrfach von britischen Gerichten als unsicheres Asyl-land eingestuft, da in der BRD nicht-staatliche Verfolgung nicht anerkannt wird. Die Flüchtlinge von außerhalb Europas werden bereits an den Außengrenzen abgefangen.

Während die »Medicins sans Frontiers« (Ärzte ohne Grenzen) den Nobelpreis dafür bekommen, daß sie Flüchtlinge von Europa fernhalten, werden SchleuserInnen weiter kriminalisiert. »Der Europäische Rat ist entschlossen, die illegale Einwanderung an ihrer Wurzel zu bekämpfen, insbesondere durch Maßnahmen gegen diejenigen, die Zuwanderer einschleusen...«. Ein seltsames Verständnis von

Wurzel haben die Damen und Herren im Europäischen Rat. An den Grenzsicherungsanlagen der EU hört in den Köpfen der Ratsmitglieder die Suche nach Gründen für Fluchtbewegungen offenbar auf. Kapitalistische Ausbeutung und Waffenex-

porte der Industrieländer in alle Welt kommen in der Abschlusserklärung jedenfalls nicht vor. Am Vorabend des Treffens von Tampere genehmigte die italienische Regierung eine Summe von umgerechnet rund 23 Millionen Euro (45 Milliarden Lire) für die Errichtung von Infrarot-Kameras am Canal d'Otranto. Nach Aussagen der montenegrinischen Polizei ertranken in diesem Kanal in der Nacht vom 15. auf den 16. August dieses Jahres mindestens 41 Romas.

Das Europäische Parlament hat im November – natürlich entgegen mei-

ner Stimme – der Einrichtung einer elektronischen Kartei zum Vergleich der Fingerabdrücke von AsylbewerberInnen zugestimmt. Auch die Abdrücke illegalisierter EinwandererInnen, zum Beispiel solcher, die beim Grenzübertritt erwischt werden, sollen verglichen werden können. Menschen, die in Europa Schutz vor politischer Verfolgung oder wirtschaftlicher Not suchen, haben damit noch weniger Chancen, unbehelligt in der EU zu leben bzw. in mehreren Staaten einen Asylantrag zu stellen. Es wird sich zeigen wie viele AsylbewerberInnen sich in ihrer Not die Fingerkuppen abschmirgeln werden.

Jahr 2000

Die letzte Ausgabe der der **DENKPAUSE** berichtete über Wetten auf einen Weltuntergang im Jahr 2000. Wie das Wettbüro schätzen auch wir diese Wahrscheinlichkeit relativ gering ein. Viele Institutionen, wie z.B. auch die Europäische Kommission, haben Lagezentren eingerichtet, die aber für die Notlagen einzelner Personen vermutlich kein offenes Ohr haben werden. Daher sollte jedeR einige Vorsichtsmaßnahmen treffen:

1. Keine Aufzüge benutzen, wenn diese nicht ohnehin schon stillgelegt sind.
2. Nicht in Flugzeuge steigen.
3. Guthaben vom Bankkonto abholen und zu Hause ins neue Millennium bringen.
4. Vorräte an Lebensmitteln für einige Tage anlegen.
5. Ein Backup der Computer-Festplatte anfertigen.
6. Batterien für das Radio besorgen und Kerzen zur Beleuchtung. Es empfiehlt sich, rechtzeitig vorzubeugen. Am 30.12.1999 dürften – auch durch Berichte der Tagespresse – viele gleichzeitig auf diese Ideen kommen. Ob dann der Supermarkt noch Waren und die Bank noch Geld hat, ist unsicher. Helfen Sie auch anderen Personen, die ungenügende Vorsichtsmaßnahmen getroffen haben!

NRO (oder englisch NGO) = Nichtregierungsorganisation, was nicht bedeutet, daß diese Regierungen automatisch kritisch gegenüberstehen. Einige NRO wurden von der Regierung oder der Industrie gegründet, viele andere werden über finanzielle Zuwendungen an diese gebunden. Auch Wirtschaftsverbände selbst sind NRO.

Genfer Konvention: Die Konvention enthält eine abstrakte und eine allgemein formulierte Definition des Flüchtlingsbegriffs und legt die rechtliche Stellung des Flüchtlings fest. Sie trat 1954 in Kraft und wurde von über 120 Staaten ratifiziert.

»Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?« (Elie Wiesel)

Kampagne »Kein Mensch ist illegal«
www.contrast.org/borders/kein/hintergrund/frame.html

Schlußklärung von Tampere
www.proasyl.de/texte/mappe/1999/20/anlage1.htm

Jungle World zu NRO in Tampere
www.jungle-world.com/_99/44/21b.htm

Nix mehr Nachhaltigkeit...

Nach einer Meldung des Hamburger Nachrichtenmagazins SPIEGEL (8.11.1999) bekommen Grünen-Politiker nun professionelle Hilfe eines PR-Beraters, um sich künftig verständlicher auszudrücken. Ein ehemaliger SAT.1 Marketingleiter habe das grüne Parteivokabular bereits untersucht und die Verwendung von Begriffen wie »Nachhaltigkeit« und »Zukunft« kritisiert.

Wenn Sprachlehrer zur Klarheit des Ausdrucks beitragen, dann ist das schön und gut. Nicht zu akzeptieren ist aber, daß die meisten UmweltpolitikerInnen der Grünen dann überhaupt nichts mehr sagen können. Ihre Sätze enthalten nämlich kaum mehr als diese zwei Worte, wie ein Potrait des sportpolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion in »GRÜN & BÜNDIG« an den Tag legt: »Eine umfassende Durchdringung der Politik mit öko-

logischen Prinzipien, orientiert am Leitgedanken der Nachhaltigkeit« ist sein politisches Credo. Er habe auch schon Überlegungen zu einer »nationalen Nachhaltigkeitsstrategie« vorgelegt, die mit Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte gelingen soll. »Als Bausteine für die Zukunftsfähigkeit nennt er eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik, neue Energiekonsensgespräche (...) und Projekte, die die 'Bildung für nachhaltige Entwicklung' fördern.« Arme NachhaltigkeitsfanatikerInnen: Kein Konsens, nix Zukunftsfähigkeit und für die deutsch-nationale Nachhaltigkeitsstrategie müßt Ihr Euch auch eine neue Bezeichnung ausdenken.

(Denkpause wird in den nächsten Ausgaben neben sprachlichen auch noch inhaltliche Argumente gegen Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit, Konsens etc. liefern).

Interview mit Rechtsanwalt Weinglass

Free Mumia Abu-Jamal now

Mumia Abu-Jamal wurde angeklagt, 1981 einen Polizisten erschossen zu haben. 29 Gesetzesverstöße wurden im Laufe seines Verfahrens von Seiten des Gerichtes vollzogen. Der ehemalige Black-Panther-Aktivist sitzt seit 18 Jahren im Knast in Waynesburg, US-Bundesstaat Pennsylvania. Allein die Tatsache, daß der Journalist zwar eine Waffe trug, diese aber andere Geschosse enthielt als die, die in dem toten Polizistenkörper gefunden wurden, spricht für sich – von den anderen 28 Gesetzesverstößen im Laufe seines Verfahrens einmal abgesehen. Der ehemalige Black-Panther-Aktivist sitzt seit 18 Jahren im Knast in Waynesburg, US-Bundesstaat Pennsylvania. Mit seinem Anwalt, Leonard Weinglass, sprach Ilka Schröder in New York.

Wie geht es Mumia Abu-Jamal?

Er ist voller Kraft und Überzeugung, daß er weiter kämpfen muß und kann. Und er hofft, daß das Bundesgericht einen neuen Prozeß anordnet.

Wäre ihm mit einem neuen Prozeß geholfen?

Nun, zuerst einmal gäbe es dann eine neue Jury und eventuell ein neues Finding of Facts (Zusammenfassung der Beweislage). Das wäre die Chance, jene Beweise auf den Tisch zu bringen, die im bisherigen Verlauf des Prozesses abgewiesen wurden. Und es könnten neue Zeugnissen geladen werden. Alles in allem würde dieser neue Prozeß endlich die Möglichkeit für ein faires Verfahren bieten.

Wie stehen die Chancen dafür?

Das wird nicht einfach. Aber Abu-Jamal hat einen Bonus: Er ist bekannt. Von vielen wird er wahrgenommen als schwarzer, politisch aktiver Journalist, der für ein Verbrechen in den Tod geschickt werden soll, das er nicht begangen hat. Damit steht er exemplarisch für die vielen Opfer eines Justizsystems, welches mehr über die Hautfarbe der Angeklagten urteilt als über die eigentlichen Anklagepunkte.

Nicht alleine die Masse an Protesten trägt zu Mumias Chancen bei, oft hängt viel an der Darstellung in den Medien ab. Da war oft die Rede vom ‚Cop-Killer‘ (Polizistenmörder).

Das stimmte bis vor einiger Zeit, inzwischen wird Abu-Jamal als ‚ehemaliger Journalist‘ bezeichnet. Aber all die kritischen Töne im Land zu der juristischen wie politischen Lage meines Mandanten oder die neuerdings skeptischen Töne bezogen auf die Todesstrafe, all dies wird von so gut wie allen Zeitungen totgeschwiegen.

Als Reaktion darauf ist wohl auch die Besetzung des Redaktionsgebäude der ‚Herald Tribune‘ in Paris durch einige Dutzend Mumia-UnterstützerInnen vor mehreren Wochen zu verstehen. Trotz der geringen Informationen in der Tagespresse scheint es eine größer werdende Mumia-Solidaritätsbewegung zu geben.

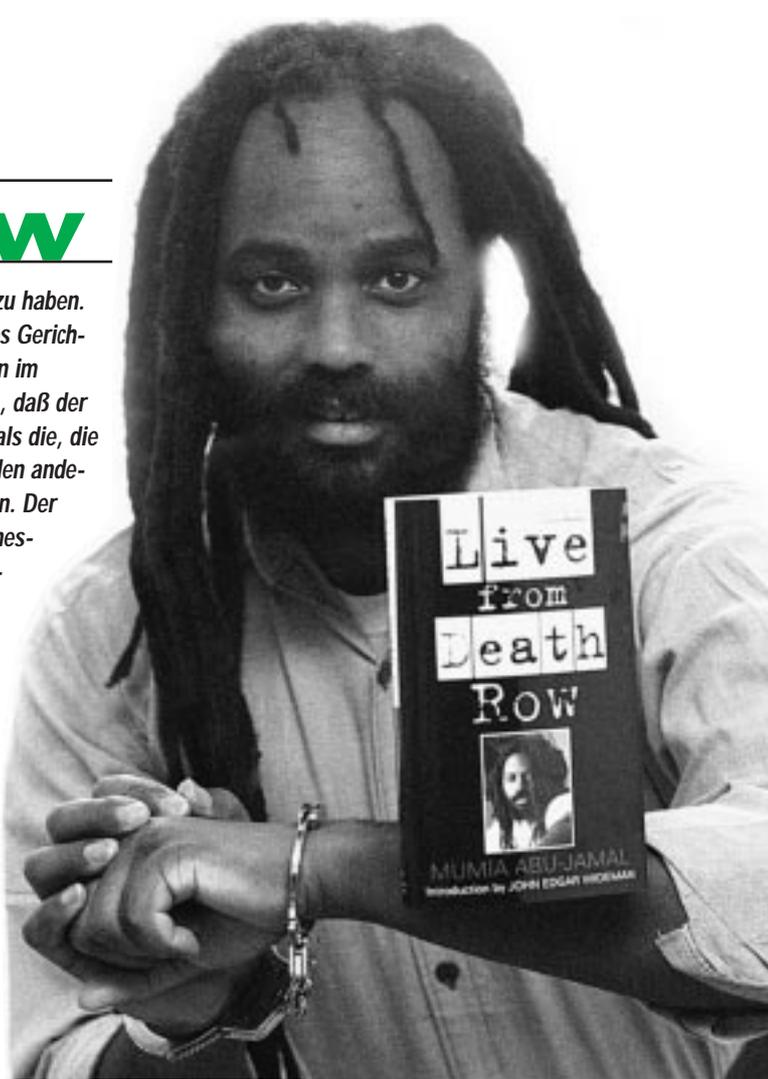
Oh ja, glücklicherweise. Es kommt bei mir täglich ein halber Meter an Protestbriefen an den Richter an, die wir ihm übergeben werden.

Ihr habt ja inzwischen den Schwerpunkt Eurer Kampagne etwas verlagert und macht nun weniger zu der Person Abu-Jamal, sondern mehr gegen die Todesstrafe allgemein. Was versprecht Ihr Euch davon?

Die Todesstrafe erregt immer mehr Unmut in der Bevölkerung. Über viele TodeskandidatInnen fallen die RichterInnen innerhalb des nächsten Jahres ihr Urteil. Die Zahl der Todesurteile steigt immer weiter – und damit wird sehr wahrscheinlich auch der Protest dagegen zunehmen.

Wie kommt es zu diesem Stimmungswandel in Sachen Todesstrafe?

Es gibt eine steigende Anzahl an Todeskandidaten in US-amerikanischen Gefängnissen. Einige Weitsichtige merken, daß bei einer abzusehenden Zahl an staatlichen Morden von mehr als einer Person täglich im Jahr 2001 mit wachsenden Protesten zu rechnen ist. Bei einer aktuellen Umfrage unter Polizeichefs sollten die zehn wichtigsten Instrumente zur Bekämpfung von Kriminalität genannt werden. Erst auf Platz zehn rangiert die Todesstrafe,



davor werden Themen genannt wie Bildung, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und Obdachlosigkeit. Und das ist bei dieser Berufsgruppe äußerst erstaunlich.

Eine englischsprachige Version dieses Interviews ist auf www.ilka.org zu lesen.

Das Europäische Parlament meint:

»... in der Erwägung, daß der Journalist Mumia Abu-Jamal im Dezember 1982 zum Tode verurteilt wurde, daß eine Wiederaufnahme des Verfahrens bisher abgelehnt wurde und daß die für den 2. Dezember 1999 vorgesehene Hinrichtung verschoben wurde, (...) beunruhigt angesichts der Häufigkeit, mit der in den USA Bürger hingerichtet werden, deren Unschuld später bewiesen wird, ... bedauert zutiefst, daß die notwendigen Voraussetzungen für die Verabschiedung einer Resolution über das Memorandum zur Todesstrafe während der Verhandlungen auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen nicht gegeben waren ...«

(aus: Entschließung des EP zum Moratorium für die Todesstrafe vom 18.11.1999. Die Entschließungen des EP sind sprachlich oft seltsam und schwer lesbar formuliert.)

Buchtips:

Abu-Jamal, Mumia: Aus der Todeszelle. Bremen: Atlantik, 1995

Abu-Jamal, Mumia: Ich schreibe um zu leben.

Zeugnisse eines zum Tode Verurteilten. Bremen: Atlantik, 1997

Weinglass, Leonard: Freiheit für Mumia. Bremen: Atlantik, 1997

Was tun?

• Informiere Dich unter www.mumia.de über Aktionsmöglichkeiten.

• Beteilige Dich aktiv in einer Soligruppe

• Komm zur Demo am 5.2.2000 nach Berlin und denke Dir kreativere Aktionen aus

• Mach' durch Artikel und Leserbriefe Stimmung in der Presse

• Engagiere Dich gegen Rassismus aller Art – Mumia ist nur einer von Vielen.

• Wer statt Zeit eher Geld hat: Spendenkonten auf www.mumia.de

Rezension:

Walser-Jugend e.V.



Die Lieblingsbeschäftigung von Jörg Tremmel, dem Initiator der »Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen« (SRZG), ist das Niedermachen der 68er. Die Buchtitel der Stiftung sind stets programmatisch: »Die 68er. Warum wir Jungen sie nicht mehr brauchen« oder »Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt«. Die Herausgeber charakterisieren die junge Generation im Vorwort ihres neuen Werkes »Was bleibt von der Vergangenheit?« als pragmatisch und unverkrampft. Einer jungen Generation, »die Althergebrachtes in Frage stellt, um die Zukunft selbst in die Hand zu nehmen«, werden die »Alten« gegenübergestellt, die »noch immer in ideologisierten Kategorien denken und handeln«.

Der Entideologisierung aller gesellschaftlichen Widersprüche folgt – in bisher allen Büchern der Stiftung – die Konstruktion eines einzigen zentralen Generationenwiderspruchs. Immer wieder gelingt es der Stiftung, ein bis in die politische Mitte reichendes Spektrum von jungen Menschen zu instrumentalisieren. Mit ihren zum Teil durchdachten Beiträgen verhindern diese eine realistische Betrachtung der SRZG. Die AutorInnen, die die Hälfte ihres Honorars für die Arbeit der Stiftung spenden, dienen lediglich als Feigenblatt für die rechtsextremen Thesen von Jörg Tremmel. Auf wenigen Quadratzentimetern faßt dieser in einem Schaubild »Vergleichbarkeit verschiedener Ereignisse mit dem Holocaust« seine Sicht der Dinge zusammen. Unter den Rubriken »keine Vergleichbarkeit«, »eingeschränkte Vergleichbarkeit« und »direkte Vergleichbarkeit« ordnet er verschiedene Ereignisse ein, die seiner Meinung nach von den 68ern zu Unrecht als »faschistisch« bezeichnet werden.

Für **Holocaust-vergleichbar** hält Tremmel den »Archipel Gulag«, das »Pol Pot Regime in Kambodscha« und den »Völkermord in Bosnien oder im Kosovo«. Ein-

geschränkt vergleichbar ist für ihn die Ermordung eines Juden oder eines Asylbewerbers oder die »Schändung eines jüdischen Friedhofes«. Die Wortwahl bei den Ereignissen, die er für nicht vergleichbar hält, spricht Bände über sein Denken: »Maßnahmen gegen den Terror türkischer Jugendbanden in Westdeutschland«, »Änderung des Asylrecht-Artikels 16a (!)«, »Thematisierung des hohen Ausländeranteils bei Vergewaltigung und Mord in Deutschland heute«. Falsche statistische Schlüsse zur »Ausländerkriminalität« und eine Argumentation zwischen der unteren Stammtischkante und der Titelseite der »Deutschen Nationalzeitung« sind dann auch der Schwerpunkt von Tremmels eigenem Beitrag.

Dabei ist es eine alte Weisheit: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Alt und Jung, InländerInnen und AusländerInnen, sondern zwischen oben und unten, zwischen Revisionismus und Emanzipation, zwischen Rechten und Linken zukünftiger Generationen.

News

- ☉ **Service FAQ:** Meine Internetpräsenz hat jetzt einen Servicebereich. Wer Parlamentsbesuche plant, eMails an die richtigen Adressen schicken oder gar mitmachen will, erfährt unter www.ilka.org/kontaktfaq.html wie das und vieles mehr funktioniert. Natürlich stehen mein Team und ich auch für weitere, persönliche Fragen zur Verfügung. Wer uns vertrauliche Mails schicken will, findet unter www.ilka.org/keys/pgp.html die PGP-Schlüssel der einzelnen MitarbeiterInnen.
- ☉ **Praktikum:** Ab Februar gibt es eine Praktikumsstelle in Berlin zu besetzen. Näheres unter www.ilka.org/praktikum.

ORTSvereine der GRÜNEN aufgepaßt: Ihr erhaltet die DENKPAUSE einmalig. Wenn Interesse besteht, dieses Blatt 8-10 mal jährlich kostenlos zu bekommen, dann bitte melden (z.B. per Mail: abodatei@ilka.org). Wer sich nicht meldet, wird nicht weiter beliefert – das gilt nur für alle, die »einmalig« auf ihrem Adressetikett stehen haben.

Termine

- ☉ **26.12.1999 – 02.01.2000** / Jugendumweltkongress in Tübingen www.jugendumweltkongress.de
- ☉ **31.12.1999** / »Nazis ins Weltall«. Aktionen gegen den angekündigten NPD-Aufmarsch in Halle
- ☉ **27.12.1999 – 01.01.2000** / Das Büro Berlin Ilka Schröder ist zeitweise erreichbar, in Brüssel freut sich der Anrufbeantworter auf Nachrichten.
- ☉ **03.01.2000 – 07.01.2000** / Und jetzt macht das Büro Berlin Ferien und Brüssel ist erreichbar.
- ☉ **13.01.2000, 18.00 Uhr** / Ilka Schröder berichtet und diskutiert an der Universität Potsdam (S-Bahnhof Griebnitzsee) über die WTO-Verhandlungen in Seattle www.ilka.org
- ☉ **15.01.–16.01.2000 (Sa 14–20 und So 10–15 Uhr)** / Bundesweites Treffen von Basisgrün in Frankfurt www.basisgruen.de
- ☉ **15.01.–17.01.2000** / im Dreieck Bremen/Hamburg/Hannover / Seminar: Weltwirtschaftsordnung der JD/JL Niedersachsen / www.junge-linke.de/seminare/weltwirt.htm
- ☉ **05.02.2000, 14.00 Uhr** / Demo »Freiheit für Mumia und alle politischen Gefangenen« Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz. www.berlinet.de/ari/kampagne/mumia/index.html
- ☉ **17.–19.03.2000** / Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN Karlsruhe, Schwarzwaldhalle www.gruene.de
- ☉ **Interessante Termine** von überregionaler Bedeutung nehmen wir gerne in die Terminübersicht auf und bitten um Mitteilung an: berlin@ilka.org. Aktuelle Terminliste unter: www.ilka.org/termine.html

Stiftung für die Rechte der zukünftigen Generationen (Hg.): Was bleibt von der Vergangenheit? Die junge Generation im Dialog über den Holocaust. Berlin: Ch. Links 1999; 24,80 DM

Die nächste Denkpause erscheint am 25.1.2000, als Themen sind geplant: Ex-po2000 sowie Medien und Kosov@-Krieg.